

# Verband will Flächen im Rißtal erwerben

Im Rißtal soll es eine Flächenumlegung geben - Warum es daran Kritik gibt



Noch werden die Flächen im Rißtal bei Warthausen landwirtschaftlich genutzt. Bald soll hier ein Industriegebiet erschlossen werden. (Foto: Andreas Spengler)

Von Andreas Spengler

---

## Warthausen

Im Rißtal soll auf knapp 33 Hektar das neue interkommunale Industriegebiet (IGI) entstehen. Noch fehlen aber wichtige Flächen, weil sich Eigentümer offenbar weigern zu verkaufen. Jetzt hat der Zweckverband die Möglichkeit für eine Baulandumlegung beschlossen. Doch die stößt bei den IGI-Gegnern auf Kritik. Was nun geplant ist.

Vier Grundstückseigentümer wollen bislang offenbar ihre Fläche im Rißtal bei Herrlishöfen nicht verkaufen. Über die Gründe gibt es unterschiedliche Ansichten. Verbandsvorsitzender Mario Glaser sprach zuletzt in der Warthausener Ratssitzung davon, dass die Eigentümer „trotz eines guten Angebots“ nicht dazu bereit seien. Offenbar also vor allem wegen einer generellen Ablehnung des geplanten Industriegebiets. Zuletzt hatte sich vor allem die Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft Rißtal“ gegen die Erschließung des Gebiets gewehrt (SZ berichtete). Zu den Kritikern zählt auch die ÖBB-Fraktion im Warthausener Gemeinderat.

ÖBB-Ratsmitglied Rudolf Haug hatte dem Verbandsvorsitzenden Mario Glaser vorgeworfen, den Eigentümern minderwertige Flächen angeboten zu haben. Deshalb hätten die vier einen Verkauf bislang verweigert. „Die Grundstücke waren zu nass“, sagte Haug. Glaser entgegnete, allen Eigentümern seien „flächengleich“ Grundstücke angeboten worden. Haug und Glaser lieferten sich dabei stellenweise einen Schlagabtausch.

Die Kritik dafür aber musste später Warthausens Bürgermeister Wolfgang Jautz einstecken, der die Ratssitzung geleitet hatte. Mario Glaser habe Rudolf Haug „in einer Tour unterbrochen, das war nicht zu ertragen“, monierte Philipp Eggensberger (ÖBB). „Warthausen wird hier wieder einmal im Nasenring durch die Manege geführt.“ Auch Ulrich Geister (FW) bemängelte, dass der Bürgermeister den Verbandsvorsitzenden als geladenen Gast nicht gebremst habe. „So eine Sitzungsleitung können Sie nicht machen“, kritisierte er den Warthauser Bürgermeister.

Auf der vergangenen Verbandsversammlung entschuldigte sich der Verbandsvorsitzende Mario Glaser daraufhin: Er sei wohl etwas „zu wirsch im Unterbrechen“ gewesen. Zum inhaltlichen Teil seiner Ausführungen aber stehe er. Glaser hatte betont, dass das Umlegungsverfahren eine „völlig normale Praxis“ sei.

Die Einleitung dieses förmlichen Verfahrens hätten die Bürgermeister der IGI-Mitgliedskommunen rechtlich gesehen auch alleine beschließen können. Eine Umlegung sei ohnehin nötig, da die bisherigen Grundstückszuschnitte nicht deckungsgleich mit dem künftigen IGI-Gebiet seien. Dennoch sei es ihm wichtig, auch die Gemeinderäte mitzunehmen.

Peter Maier (ÖBB) sagte: „Ich finde es traurig, was hier passiert. Die Bedenken der Landwirte werden nicht berücksichtigt.“ Franz Schuy (CDU) betonte dagegen: „Wir müssen das Verfahren jetzt machen, um mit den Planungen vorwärtszukommen.“

Der Zweckverband will noch zusätzliche Grundstücke in die Tauschmasse aufnehmen, um den bisherigen Eigentümern weitere Angebote machen zu können. Ein Antrag von Johannes Hummler (FW) verfehlte indes knapp eine Mehrheit. Dieser hatte gefordert, die Entscheidung über das Verfahren zu vertagen, bis weitere Flächen angeboten werden können.

Knapp fiel auch die Entscheidung im Warthauser Gemeinderat aus: Sechs Räte stimmten der Einleitung eines Umlegungsverfahrens zu, fünf dagegen. Damit war der Weg frei für die Abstimmung am vergangenen Dienstag bei der Verbandsversammlung in Warthausen.

Der Zweckverband hat die Baulandumlegung angeordnet und damit das Verfahren an das Vermessungsamt des Kreises Biberach als neutrale Stelle übertragen.

Im folgenden Schritt sollen nun erneut die Grundstückseigentümer angehört werden.

---